

der Regierung hat. Dieser Zustand wäre an sich nicht nur negativ zu bewerten, denn gerade hier in Liechtenstein zeigt sich deutlich, wie überholt das althergebrachte Parteiwesen eigentlich ist. Was am liechtensteinischen Parteiwesen am meisten versagt, ist die Opposition, egal, welche der beiden Parteien dieses Amt gerade bekleidet. Dadurch, daß sich die beiden Parteien in ihren Programmen kaum unterscheiden, kann die Opposition ihrer Aufgabe auch nicht gerecht werden, die darin bestehen müßte, durch wiederholtes Aufzeigen der herrschenden Mißstände die Regierung zu zwingen, alles daran zu setzen, diese zu beseitigen.

Wenn man den Gesprächen an Biertischen zuhört, bekommt man den Eindruck, daß der durchschnittliche Liechtensteiner ein durchaus politisch interessierter Mensch — sprich Mann — ist. Warum aber dieser Mann meistens eine so unrealistische Politik macht, hängt wohl mit der Kleinheit unseres Landes zusammen. Diese Kleinheit müßte sich eigentlich vorzüglich zur Schaffung eines Modellstaates in allen Bereichen eignen. Die Tatsache aber, daß in den einzelnen Gemeinden jeder jeden kennt, macht unser Land zu einem Familienbetrieb. In diesem Familienbetrieb gelten natürlich ganz andere Gesetze als in einem großen Staat. Die Zugehörigkeit zu einer Partei ist hier Tradition, und es ist üblich, daß ganze Verwandtschaften ein und derselben Partei angehören. Hinzu kommt noch, daß zwischen den Anhängern der beiden großen Parteien ein fast fanatischer Gegensatz besteht. Wie dieser zustande kommt, ist nicht rational erklärbar, da sich die Parteien, wie schon erwähnt, in ihren Konzepten kaum unterscheiden. Er ist vielmehr in der Tradition begründet. Politik ist bei uns eine Art Religion. Eine sachbezogene Diskussion findet in Liechtenstein nicht auf breiter Ebene statt. Der Liechtensteiner wirft sein Ja oder Nein nicht nach sorgfältigem Abwägen der Tatsachen in die Urne — bei ihm ist ein Abwägen des dafür und dagegen nicht notwendig —, er hat seine Prinzipien und nach denen stimmt er sein Leben lang ab, er gibt nicht sein Urteil ab, sondern sein Vorurteil.

Solche völlig realitätsfremden Abstimmungen wie jene über die Einführung des Frauenstimmrechts zeigen, daß eine vollständige Änderung des politischen Denkens in Volk und Regierung dringend notwendig ist, wenn Liechtenstein zu jenem Modellstaat werden soll, von dem hierzulande noch so viele träumen.

Wie diese Änderung herbeigeführt werden soll und kann, ist schwer zu sagen; sicher ist nur, daß sie von den obersten Stellen der Parteien ausgehen muß, da die Initiative vom einzelnen Bürger nicht erwartet werden kann. Wie man es hier nicht machen darf, haben die Parteien in der Zeit vor der zweiten Abstimmung zur Einführung des Frauen-